

# Amtsblatt der Europäischen Union

C 49



Ausgabe  
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

58. Jahrgang

12. Februar 2015

Inhalt

## II Mitteilungen

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

### Europäische Kommission

2015/C 49/01	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache M.7486 — Ingram Micro/ANOV Expansion) <sup>(1)</sup> .....	1
2015/C 49/02	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache M.7424 — CCMP/INEOS/PQ) <sup>(1)</sup> .....	1

## IV Informationen

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

### Europäische Kommission

2015/C 49/03	Euro-Wechselkurs .....	2
--------------	------------------------	---

DE

<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR

## INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN

2015/C 49/04	Mitteilung der Regierung der Republik Polen in Bezug auf die Richtlinie 94/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erteilung und Nutzung von Genehmigungen zur Prospektion, Exploration und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen im Gebiet „Nowe Miasteczko“ .....	3
2015/C 49/05	Mitteilung der spanischen Regierung gemäß Artikel 10 Absatz 2 der Richtlinie 2009/72/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt („Elektrizitätsrichtlinie“) in Bezug auf die Benennung von Red Eléctrica de España S.A.U. als Übertragungsnetzbetreiber in Spanien .....	6

## DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM BETREFFENDE INFORMATIONEN

### **Gemeinsamer EWR-Ausschuss**

2015/C 49/06	Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses, für die die verfassungsrechtlichen Anforderungen nach Artikel 103 des EWR-Abkommens erfüllt sind, und verbundene Beschlüsse .....	7
--------------	---	---

---

## V Bekanntmachungen

## GERICHTSVERFAHREN

### **EFTA-Gerichtshof**

2015/C 49/07	Urteil des Gerichtshofs vom 11. Februar 2014 in der Rechtssache E-12/13 — EFTA-Überwachungsbehörde gegen Island ( <i>Pflichtverletzung einer Vertragspartei — Richtlinie 2009/111/EG — Mangelnde Umsetzung — Mangelnde Mitteilung</i> ) .....	14
2015/C 49/08	Urteil des Gerichtshofs vom 9. Mai 2014 in der Rechtssache E-23/13 — Griechische Kapitalmarkt-Kommission („Hellenic Capital Market Commission“ — HCMC) ( <i>Richtlinie 2003/6/EG — Zulässigkeit — Gerichtliche oder administrative Funktion — Informationsersuchen — Bestimmung im nationalen Recht, die Tatsachen offenzulegen, die Anlass zu einem Verdacht geben</i> ) .....	15
2015/C 49/09	Beschluss des Gerichtshofs vom 12. Mai 2014 in der Rechtssache E-8/12 — Schenker North AB, Schenker Privpak AB und Schenker Privpak AS gegen EFTA-Überwachungsbehörde ( <i>Klage auf Nichtigerklärung von Entscheidungen der EFTA-Überwachungsbehörde — Zugang zu Dokumenten — Zulässigkeit</i> ) .....	16

## II

(Mitteilungen)

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN  
DER EUROPÄISCHEN UNION

## EUROPÄISCHE KOMMISSION

**Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss****(Sache M.7486 — Ingram Micro/ANOV Expansion)****(Text von Bedeutung für den EWR)**

(2015/C 49/01)

Am 28. Januar 2015 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates<sup>(1)</sup> entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden beiden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32015M7486 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

---

<sup>(1)</sup> ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

**Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss****(Sache M.7424 — CCMP/INEOS/PQ)****(Text von Bedeutung für den EWR)**

(2015/C 49/02)

Am 9. Dezember 2014 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates<sup>(1)</sup> entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden beiden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32014M7424 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

---

<sup>(1)</sup> ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

## IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN  
STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

## EUROPÄISCHE KOMMISSION

Euro-Wechselkurs <sup>(1)</sup>

11. Februar 2015

(2015/C 49/03)

## 1 Euro =

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,1314	CAD	Kanadischer Dollar	1,4268
JPY	Japanischer Yen	135,50	HKD	Hongkong-Dollar	8,7726
DKK	Dänische Krone	7,4440	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,5272
GBP	Pfund Sterling	0,73960	SGD	Singapur-Dollar	1,5388
SEK	Schwedische Krone	9,4585	KRW	Südkoreanischer Won	1 250,19
CHF	Schweizer Franken	1,0465	ZAR	Südafrikanischer Rand	13,3805
ISK	Isländische Krone		CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,0630
NOK	Norwegische Krone	8,6020	HRK	Kroatische Kuna	7,7218
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	IDR	Indonesische Rupiah	14 510,21
CZK	Tschechische Krone	27,680	MYR	Malaysischer Ringgit	4,0918
HUF	Ungarischer Forint	310,15	PHP	Philippinischer Peso	50,292
PLN	Polnischer Zloty	4,2180	RUB	Russischer Rubel	74,6600
RON	Rumänischer Leu	4,4473	THB	Thailändischer Baht	36,929
TRY	Türkische Lira	2,8252	BRL	Brasilianischer Real	3,2370
AUD	Australischer Dollar	1,4606	MXN	Mexikanischer Peso	16,9653
			INR	Indische Rupie	70,5490

<sup>(1)</sup> Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

## INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN

**Mitteilung der Regierung der Republik Polen in Bezug auf die Richtlinie 94/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erteilung und Nutzung von Genehmigungen zur Prospektion, Exploration und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen im Gebiet „Nowe Miasteczko“**

(2015/C 49/04)

Das Verfahren betrifft die Erteilung einer Konzession für die Prospektion oder Exploration von Erdöl- und Erdgaslagerstätten im Gebiet „Nowe Miasteczko“ in den Woiwodschaften Lubuskie und Dolnośląskie:

Name	Block Nr.	Bezugssystem PL-1992	
		X	Y
Nowe Miasteczko	Teile der Konzessions-blöcke Nr. 263, 264, 265, 266, 285, 286	414 280	287 119
		417 898	289 574
		419 770	289 102
		419 888	291 402
		421 141	292 067
		422 582	292 996
		425 359	289 556
		425 331	289 746
		424 527	295 249
		422 873	297 493
		421 022	299 425
		420 302	300 519
		419 334	301 683
		418 508	302 670
		418 472	303 595
		416 636	304 924
		416 138	305 519
		412 013	304 756
		410 126	306 553
		406 565	303 958
402 907	309 420		
402 110	310 571		
400 209	313 101		
398 576	315 242		

Name	Block Nr.	Bezugssystem PL-1992	
		X	Y
		391 844	311 121
		386 838	321 107
		391 616	325 000
		395 359	325 000
		396 885	323 685
		405 698	323 604
		405 852	328 145
		407 862	328 116
		409 516	326 504
		410 199	326 528
		431 646	292 692
		435 976	287 111
		437 275	258 368
		437 241	252 803
		435 394	251 890
		423 805	268 782
		421 172	279 063
		419 072	284 458
		416 832	285 077

Die Anträge müssen das vorstehende Gebiet abdecken.

Die Konzessionsanträge müssen bis spätestens 12.00 Uhr MEZ/MESZ des letzten Tages der 180-Tage-Frist, gerechnet ab dem Tag, der auf das Datum der Veröffentlichung dieser Mitteilung im *Amtsblatt der Europäischen Union* folgt, am Sitz des Umweltministeriums eingehen.

Die eingegangenen Anträge werden anhand folgender Kriterien geprüft:

- a) vorgeschlagene Technologie für die Durchführung der Arbeiten (40 %);
- b) technische und finanzielle Leistungsfähigkeit des Antragstellers (50 %);
- c) vorgeschlagene Höhe des Entgelts für die Erteilung der Schürfrechte (10 %).

Die Mindestentgelthöhe für die Erteilung von Schürfrechten für das Gebiet „Nowe Miasteczko“ ist wie folgt:

1. bei einer Prospektion der Erdöl- und Erdgasvorkommen:

- während eines Basiszeitraums von drei Jahren: 114 066,12 PLN pro Jahr;
- für das vierte und fünfte Jahr der Laufzeit eines Vertrags für die Erteilung von Schürfrechten: 136 879,34 PLN pro Jahr;
- für das sechste Jahr und die Folgejahre der Laufzeit eines Vertrags für die Erteilung von Schürfrechten: 159 692,57 PLN pro Jahr.

2. bei einer Exploration der Erdöl- und Erdgasvorkommen:

- während eines Basiszeitraums von drei Jahren: 228 132,24 PLN pro Jahr;
- für das vierte und fünfte Jahr der Laufzeit eines Vertrags für die Erteilung von Schürfrechten: 273 758,69 PLN pro Jahr;
- für das sechste Jahr und die Folgejahre der Laufzeit eines Vertrags für die Erteilung von Schürfrechten: 319 385,14 PLN pro Jahr.

3. bei einer Prospektion und Exploration der Erdöl- und Erdgasvorkommen:

- während eines Basiszeitraums von fünf Jahren: 228 132,24 PLN pro Jahr;
- für das sechste, siebente und achte Jahr der Laufzeit eines Vertrags für die Erteilung von Schürfrechten: 273 758,69 PLN pro Jahr;
- für das neunte Jahr und die Folgejahre der Laufzeit eines Vertrags für die Erteilung von Schürfrechten: 319 385,14 PLN pro Jahr.

Die Bewertung der Anträge wird innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf der Frist für die Antragseinreichung abgeschlossen. Die Antragsteller werden schriftlich über das Ergebnis informiert.

Die Anträge sind in polnischer Sprache einzureichen.

Die für die Konzessionserteilung zuständige Stelle erteilt dem Gewinner des Verfahrens zur Antragsbewertung nach Berücksichtigung der Stellungnahme der zuständigen Behörden die Genehmigung zur Prospektion oder Exploration der Erdgaslagerstätte „Wrzosowo“ und schließt einen Vertrag über die Schürfrechte mit ihm.

Das betreffende Unternehmen muss zur Durchführung der Aktivitäten für die Prospektion oder Exploration von Kohlenwasserstoffen in Polen sowohl über Schürfrechte als auch über eine Konzession verfügen.

Anträge sind an folgende Anschrift zu richten:

Ministerstwo Środowiska (Umweltministerium)  
Departament Geologii i Koncesji Geologicznych (Abteilung Geologie und geologische Konzessionen)  
ul. Wawelska 52/54  
00-922 Warszawa (Warschau)  
POLSKA/POLEN

Weitere Informationen:

- Internetseite des Umweltministeriums: [www.mos.gov.pl](http://www.mos.gov.pl)
- Departament Geologii i Koncesji Geologicznych (Abteilung Geologie und geologische Konzessionen)  
Ministerstwo Środowiska (Umweltministerium)  
ul. Wawelska 52/54  
00-922 Warszawa (Warschau)  
POLSKA/POLEN  
Tel. +48 225792449  
Fax +48 225792460  
E-Mail: [dgikg@mos.gov.pl](mailto:dgikg@mos.gov.pl)

Genehmigt:

Śławomir M. BRODZIŃSKI  
Oberster Geologe

---

**Mitteilung der spanischen Regierung gemäß Artikel 10 Absatz 2 der Richtlinie 2009/72/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt („Elektrizitätsrichtlinie“) in Bezug auf die Benennung von Red Eléctrica de España S.A.U. als Übertragungsnetzbetreiber in Spanien**

(2015/C 49/05)

Nach der endgültigen Entscheidung der spanischen Regulierungsbehörde vom 20. November 2014 über die Zertifizierung von Red Eléctrica de España S.A.U. als eigentumsrechtlich entflochtener Betreiber des Übertragungsnetzes (Artikel 9 der Elektrizitätsrichtlinie) hat Spanien der Kommission die offizielle Zulassung und Benennung dieses Unternehmens als Übertragungsnetzbetreiber in Spanien gemäß Artikel 10 der Elektrizitätsrichtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates mitgeteilt.

Weitere Informationen erteilt:

Ministerium für Industrie, Energie und Tourismus  
Ministerialabteilung Energie  
Generaldirektion für Energiepolitik und Bergbau  
Paseo de la Castellana, 160  
28046 Madrid  
SPANIEN

Tel. +34 913494180

E-Mail: [dgpenergeticaym@minetur.es](mailto:dgpenergeticaym@minetur.es)

---

## DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM BETREFFENDE INFORMATIONEN

## GEMEINSAMER EWR-AUSSCHUSS

**Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses, für die die verfassungsrechtlichen Anforderungen nach Artikel 103 des EWR-Abkommens erfüllt sind, und verbundene Beschlüsse**

(2015/C 49/06)

Seit März 2000 wird in den Beschlüssen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in einer Fußnote angegeben, ob der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens von der Erfüllung verfassungsrechtlicher Anforderungen durch eine der Vertragsparteien abhängt. Im Falle der unten aufgeführten Beschlüsse wurde das Bestehen derartiger Anforderungen mitgeteilt. Die betreffenden Vertragsparteien haben nun die anderen Vertragsparteien darüber unterrichtet, dass sie ihre internen Verfahren abgeschlossen haben. Der folgenden Tabelle ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens der einzelnen Beschlüsse zu entnehmen. Hinzu kommt die Tatsache, dass bestimmte Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses erst nach Erfüllung der verfassungsrechtlichen Anforderungen der oben genannten Beschlüsse in Kraft treten können und ebenfalls nachstehend aufgelistet werden.

Beschlusnummer	Zeitpunkt der Verabschiedung	Angaben zur Veröffentlichung	Aufgenommene(r) Rechtsakt(e)	Zeitpunkt des Inkrafttretens
20/2012	10.2.2012	ABl. L 161 vom 21.6.2012, S. 26. EWR-Beilage Nr. 34 vom 21.6.2012, S. 31.	Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen	1.8.2014
53/2012	30.3.2012	ABl. L 207 vom 2.8.2012, S. 33. EWR-Beilage Nr. 43 vom 2.8.2012, S. 40.	Beschluss 2010/578/EU der Kommission vom 28. September 2010 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Japans mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen	1.8.2014
181/2012	28.9.2012	ABl. L 341 vom 13.12.2012, S. 35. EWR-Beilage Nr. 70 vom 13.12.2012, S. 42.	Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates	1.2.2014
45/2013	15.3.2013	ABl. L 231 vom 29.8.2013, S. 19. EWR-Beilage Nr. 49 vom 29.8.2013, S. 21.	Richtlinie 2009/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über Phase II der Benzindampf-Rückgewinnung beim Betanken von Kraftfahrzeugen an Tankstellen	1.2.2014

Beschlusnummer	Zeitpunkt der Verabschiedung	Angaben zur Veröffentlichung	Aufgenommene(r) Rechtsakt(e)	Zeitpunkt des Inkrafttretens
84/2013	3.5.2013	ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 46. EWR-Beilage Nr. 61 vom 31.10.2013, S. 53.	Durchführungsbeschluss 2012/627/EU der Kommission vom 5. Oktober 2012 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Australiens mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen  Durchführungsbeschluss 2012/628/EU der Kommission vom 5. Oktober 2012 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen  Durchführungsbeschluss 2012/630/EU der Kommission vom 5. Oktober 2012 zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Regelungs- und Kontrollrahmens Kanadas mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen	1.8.2014
86/2013	3.5.2013	ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 51. EWR-Beilage Nr. 61 vom 31.10.2013, S. 58.	Verordnung (EG) Nr. 924/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über grenzüberschreitende Zahlungen in der Gemeinschaft und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2560/2001  Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009	1.8.2014
89/2013	3.5.2013	ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 55. EWR-Beilage Nr. 61 vom 31.10.2013, S. 62.	Richtlinie 2010/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über Meldeformalitäten für Schiffe beim Einlaufen in und/oder Auslaufen aus Häfen der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/6/EG	1.5.2014

Beschlusnummer	Zeitpunkt der Verabschiedung	Angaben zur Veröffentlichung	Aufgenommene(r) Rechtsakt(e)	Zeitpunkt des Inkrafttretens
94/2013	3.5.2013	ABl. L 291 vom 31.10.2013, S. 60. EWR-Beilage Nr. 61 vom 31.10.2013, S. 68.	Richtlinie 2011/77/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2011 zur Änderung der Richtlinie 2006/116/EG über die Schutzdauer des Urheberrechts und bestimmter verwandter Schutzrechte	1.8.2014
113/2013	14.6.2013	ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 15. EWR-Beilage Nr. 67 vom 28.11.2013, S. 17.	Verordnung (EU) Nr. 305/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten und zur Aufhebung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates	28.5.2014
114/2013	14.6.2013	ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 16. EWR-Beilage Nr. 67 vom 28.11.2013, S. 18.	Richtlinie 2012/7/EU der Kommission vom 2. März 2012 zur Änderung von Anhang II Abschnitt III der Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sicherheit von Spielzeug zwecks Anpassung an den technischen Fortschritt	1.4.2014
129/2013	14.6.2013	ABl. L 318 vom 28.11.2013, S. 31. EWR-Beilage Nr. 67 vom 28.11.2013, S. 36.	Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG	1.2.2014
158/2013	8.10.2013	ABl. L 58 vom 27.2.2014, S. 10. EWR-Beilage Nr. 13 vom 27.2.2014, S. 11.	Verordnung (EU) Nr. 1235/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur hinsichtlich der Pharmakovigilanz von Humanarzneimitteln und der Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 über Arzneimittel für neuartige Therapien, berichtigt in ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 138  Richtlinie 2010/84/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel im Hinblick auf die Pharmakovigilanz, berichtigt in ABl. L 21 vom 25.1.2011, S. 8 und in ABl. L 276 vom 21.10.2011, S. 63	28.5.2014

Beschlusnummer	Zeitpunkt der Verabschiedung	Angaben zur Veröffentlichung	Aufgenommene(r) Rechtsakt(e)	Zeitpunkt des Inkrafttretens
159/2013	8.10.2013	ABl. L 58 vom 27.2.2014, S. 12. EWR-Beilage Nr. 13 vom 27.2.2014, S. 14.	Richtlinie 2011/62/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel hinsichtlich der Verhinderung des Eindringens von gefälschten Arzneimitteln in die legale Lieferkette	1.6.2014
160/2013	8.10.2013	ABl. L 58 vom 27.2.2014, S. 13. EWR-Beilage Nr. 13 vom 27.2.2014, S. 15.	Richtlinie 2012/26/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG hinsichtlich der Pharmakovigilanz	1.6.2014
163/2013	8.10.2013	ABl. L 58 vom 27.2.2014, S. 16. EWR-Beilage Nr. 13 vom 27.2.2014, S. 18.	Verordnung (EU) Nr. 1027/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 hinsichtlich der Pharmakovigilanz	28.5.2014
164/2013	8.10.2013	ABl. L 58 vom 27.2.2014, S. 17. EWR-Beilage Nr. 13 vom 27.2.2014, S. 19.	Richtlinie 2010/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Transplantation bestimmte menschliche Organe, berichtigt in ABl. L 243 vom 16.9.2010, S. 68	1.7.2014
225/2013	13.12.2013	ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 22. EWR-Beilage Nr. 29 vom 22.5.2014, S. 21.	Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten	1.6.2014
226/2013	13.12.2013	ABl. L 154 vom 22.5.2014, S. 24. EWR-Beilage Nr. 29 vom 22.5.2014, S. 23.	Richtlinie 2012/4/EU der Kommission vom 22. Februar 2012 zur Änderung der Richtlinie 2008/43/EG zur Einführung eines Verfahrens zur Kennzeichnung und Rückverfolgung von Explosivstoffen für zivile Zwecke gemäß der Richtlinie 93/15/EWG des Rates	1.7.2014
9/2014	14.2.2014	ABl. L 211 vom 17.7.2014, S. 13. EWR-Beilage Nr. 42 vom 17.7.2014, S. 12.	Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur europäischen Normung, zur Änderung der Richtlinien 89/686/EWG und 93/15/EWG des Rates sowie der Richtlinien 94/9/EG, 94/25/EG, 95/16/EG, 97/23/EG, 98/34/EG, 2004/22/EG, 2007/23/EG, 2009/23/EG und 2009/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 87/95/EWG des Rates und des Beschlusses Nr. 1673/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates	1.8.2014

Beschlusnummer	Zeitpunkt der Verabschiedung	Angaben zur Veröffentlichung	Aufgenommene(r) Rechtsakt(e)	Zeitpunkt des Inkrafttretens
15/2014	14.2.2014	ABl. L 211 vom 17.7.2014, S. 22. EWR-Beilage Nr. 42 vom 17.7.2014, S. 20.	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 414/2013 der Kommission vom 6. Mai 2013 zur Festlegung eines Verfahrens für die Zulassung gleicher Biozidprodukte gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates  Delegierte Verordnung (EU) Nr. 736/2013 der Kommission vom 17. Mai 2013 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Laufzeit des Arbeitsprogramms zur Prüfung alter biozider Wirkstoffe  Verordnung (EU) Nr. 613/2013 der Kommission vom 25. Juni 2013 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1451/2007 in Bezug auf zusätzliche im Rahmen des Prüfprogramms zu überprüfende Wirkstoffe von Biozid-Produkten	1.6.2014
19/2014	14.2.2014	ABl. L 211 vom 17.7.2014, S. 27. EWR-Beilage Nr. 42 vom 17.7.2014, S. 25.	Durchführungsbeschluss 2011/633/EU der Kommission vom 15. September 2011 zu den gemeinsamen Spezifikationen des Eisenbahn-Infrastrukturregisters  Beschluss 2012/462/EU der Kommission vom 23. Juli 2012 zur Änderung der Entscheidungen 2002/731/EG, 2002/732/EG, 2002/733/EG, 2002/735/EG und 2006/66/EG sowie zur Aufhebung der Entscheidung 2002/730/EG über technische Spezifikationen für die Interoperabilität  Beschluss 2012/463/EU der Kommission vom 23. Juli 2012 zur Änderung der Entscheidungen 2006/679/EG und 2006/860/EG über technische Spezifikationen für die Interoperabilität  Beschluss 2012/464/EU der Kommission vom 23. Juli 2012 zur Änderung der Entscheidungen 2006/861/EG, 2008/163/EG, 2008/164/EG, 2008/217/EG, 2008/231/EG, 2008/232/EG und 2008/284/EG sowie der Beschlüsse 2011/229/EU, 2011/274/EU, 2011/275/EU, 2011/291/EU und 2011/314/EU über technische Spezifikationen für die Interoperabilität	1.7.2014
43/2014	8.4.2014	ABl. L 256 vom 28.8.2014, S. 17. EWR-Beilage Nr. 49 vom 28.8.2014, S. 17.	Delegierte Verordnung (EU) Nr. 837/2013 der Kommission vom 25. Juni 2013 zur Änderung von Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Informationsanforderungen für die Zulassung von Biozidprodukten	1.6.2014

Beschlusnummer	Zeitpunkt der Verabschiedung	Angaben zur Veröffentlichung	Aufgenommene(r) Rechtsakt(e)	Zeitpunkt des Inkrafttretens
			<p>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 945/2013 der Kommission vom 2. Oktober 2013 zur Genehmigung von Cypermethrin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 8</p> <p>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 955/2013 der Kommission vom 4. Oktober 2013 über die Zulassung von Propiconazol als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten des Produkttyps 9</p> <p>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1032/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von Bromessigsäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 4</p> <p>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1033/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 über die Zulassung von Kupfersulfat-Pentahydrat als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 2</p> <p>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1034/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von Phosphin freisetzendem Aluminiumphosphid als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 20</p> <p>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1035/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von Benzoessäure als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 3 und 4</p> <p>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1036/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 über die Zulassung von Etofenprox als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 18</p> <p>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1037/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von IPBC als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 6</p> <p>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1038/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung von Tebuconazol als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktarten 7 und 10</p>	

Beschlusnummer	Zeitpunkt der Verabschiedung	Angaben zur Veröffentlichung	Aufgenommene(r) Rechtsakt(e)	Zeitpunkt des Inkrafttretens
			Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1039/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Änderung der Zulassung von Nonansäure als alter Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 2	
44/2014	8.4.2014	ABl. L 256 vom 28.8.2014, S. 20. EWR-Beilage Nr. 49 vom 28.8.2014, S. 20.	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 354/2013 der Kommission vom 18. April 2013 über Änderungen von gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates zugelassenen Biozidprodukten  Durchführungsverordnung (EU) Nr. 564/2013 der Kommission vom 18. Juni 2013 über die an die Europäische Chemikalienagentur zu entrichtenden Gebühren und Abgaben gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten	1.6.2014
54/2014	8.4.2014	ABl. L 256 vom 28.8.2014, S. 32. EWR-Beilage Nr. 49 vom 28.8.2014, S. 28.	Verordnung (EU) Nr. 782/2013 der Kommission vom 14. August 2013 zur Änderung von Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 66/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates über das EU-Umweltzeichen  Beschluss 2013/641/EU der Kommission vom 7. November 2013 zur Festlegung der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für WC und Urinale	1.1.2015
95/2014	16.5.2014	ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 60. EWR-Beilage Nr. 63 vom 30.10.2014, S. 52.	Verordnung (EU) Nr. 996/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über die Untersuchung und Verhütung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Richtlinie 94/56/EG	1.12.2014
96/2014	16.5.2014	ABl. L 310 vom 30.10.2014, S. 62. EWR-Beilage Nr. 63 vom 30.10.2014, S. 53.	Beschluss 2012/780/EU der Kommission vom 5. Dezember 2012 über Zugangsrechte für die gemäß Artikel 18 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 996/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Untersuchung und Verhütung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Richtlinie 94/56/EG eingerichtete zentrale europäische Datenbank für Sicherheitsempfehlungen und Antworten auf Sicherheitsempfehlungen	1.12.2014

## V

(Bekanntmachungen)

## GERICHTSVERFAHREN

## EFTA-GERICHTSHOF

## URTEIL DES GERICHTSHOFS

vom 11. Februar 2014

in der Rechtssache E-12/13

**EFTA-Überwachungsbehörde gegen Island**

*(Pflichtverletzung einer Vertragspartei — Richtlinie 2009/111/EG — Mangelnde Umsetzung — Mangelnde Mitteilung)*

(2015/C 49/07)

In der Rechtssache E-12/13, EFTA-Überwachungsbehörde gegen Island — KLAGE auf Feststellung, dass Island seine Pflichten aus dem in Anhang IX Nummern 14, 16e und 31 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum genannten Rechtsakt (Richtlinie 2009/111/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 hinsichtlich Zentralorganisationen zugeordneter Banken, bestimmter Eigenmittelbestandteile, Großkredite, Aufsichtsregelungen und Krisenmanagement) in der durch Protokoll 1 zum EWR-Abkommen an das EWR-Abkommen angepassten Fassung sowie seine Pflichten aus Artikel 7 des EWR-Abkommens verletzt hat, indem Island es versäumt hat, Artikel 1 Nummern 15 bis 18, 19 Buchstabe a, 21, 22 Buchstabe a, 23 bis 29, 36, 37, 39 bis 42 und Artikel 2 Nummern 5 und 6 des Rechtsakts ordnungsgemäß umzusetzen und der Überwachungsbehörde den Wortlaut der betreffenden Maßnahmen mitzuteilen — erließ der Gerichtshof, bestehend aus dem Präsidenten Carl Baudenbacher (Berichterstatter) sowie den Richtern Per Christiansen und Páll Hreinsson, am 11. Februar 2014 ein Urteil mit folgendem Tenor:

Der Gerichtshof hat für Recht erkannt:

1. Island hat seine Pflichten aus dem in Anhang IX Nummern 14, 16e und 31 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum genannten Rechtsakt (Richtlinie 2009/111/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 hinsichtlich Zentralorganisationen zugeordneter Banken, bestimmter Eigenmittelbestandteile, Großkredite, Aufsichtsregelungen und Krisenmanagement) in der durch Protokoll 1 zum Abkommen an das Abkommen angepassten Fassung sowie seine Pflichten aus Artikel 7 des EWR-Abkommens verletzt, indem Island es versäumt hat, fristgerecht Artikel 1 Nummern 15 bis 18, 19 Buchstabe a, 21, 22 Buchstabe a, 23 bis 28, 36, 37, 39 bis 42 und Artikel 2 Nummern 5 und 6 des Rechtsakts ordnungsgemäß umzusetzen und der Überwachungsbehörde den Wortlaut der betreffenden Maßnahmen mitzuteilen.
2. Island werden die Kosten des Verfahrens auferlegt.

**URTEIL DES GERICHTSHOFS****vom 9. Mai 2014****in der Rechtssache E-23/13****Griechische Kapitalmarkt-Kommission („Hellenic Capital Market Commission“ — HCMC)***(Richtlinie 2003/6/EG — Zulässigkeit — Gerichtliche oder administrative Funktion — Informationsersuchen — Bestimmung im nationalen Recht, die Tatsachen offenzulegen, die Anlass zu einem Verdacht geben)*

(2015/C 49/08)

In der Rechtssache E-23/13, Griechische Kapitalmarkt-Kommission (HCMC) — ERSUCHEN des Verwaltungsgerichtshofs des Fürstentums Liechtenstein gemäß Artikel 34 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten über die Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs um Auslegung von Artikel 16 der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2003 über Insider-Geschäfte und Marktmanipulation (Marktmissbrauch) — erließ der Gerichtshof, bestehend aus dem Präsidenten Carl Baudenbacher, dem Richter Per Christiansen (Berichterstatter) und dem Richter Páll Hreinsson, am 9. Mai 2014 ein Urteil mit folgendem Tenor:

Eine Bestimmung, die die gemäß Artikel 16 der Richtlinie 2003/6/EG um Informationen ersuchende Behörde zwingt, die Tatsachen offenzulegen, die Anlass zu einem Verdacht geben, ist mit der Richtlinie 2003/6/EG nicht vereinbar.

---

**BESCHLUSS DES GERICHTSHOFS****vom 12. Mai 2014****in der Rechtssache E-8/12****Schenker North AB, Schenker Privpak AB und Schenker Privpak AS gegen  
EFTA-Überwachungsbehörde***(Klage auf Nichtigerklärung von Entscheidungen der EFTA-Überwachungsbehörde — Zugang zu Dokumenten — Zulässigkeit)*

(2015/C 49/09)

In der Rechtssache E-8/12, Schenker North AB, Schenker Privpak AB und Schenker Privpak AS gegen EFTA-Überwachungsbehörde — KLAGE auf Nichtigerklärung von drei Entscheidungen der EFTA-Überwachungsbehörde, die am 18. Mai 2012, 23. Mai 2012 bzw. 2. Juli 2012 zugestellt wurden und mit denen der Zugang zu spezifischen Dokumenten in der Sache Nr. 34250 (Norway Post/Privpak — bei der es um eine Zuwiderhandlung gegen das Kartellrecht geht) und in der Sache Nr. 68736 (DB Schenker — bei der es um einen Antrag auf Zugang der Öffentlichkeit in der vorstehend genannten Kartellsache geht) sowie der Zugang zu den Verfahren zur Behandlung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit und zur Verwaltung von Verfahrensakten nach den Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten, die in der Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 407/08/COL vom 27. Juni 2008 (nicht veröffentlicht) festgelegt sind, abgelehnt wurde — erließ der Gerichtshof, bestehend aus dem Präsidenten Carl Baudenbacher (Berichterstatter) sowie den Richtern Per Christiansen und Páll Hreinsson am 12. Mai 2014 einen Beschluss mit folgendem Tenor:

Der Gerichtshof hat für Recht erkannt:

1. Über die Klage bezüglich des Schreibens der EFTA-Überwachungsbehörde vom 9. Mai 2012, zugestellt am 18. Mai 2012 (Vorgang Nr. 633455), muss nicht befunden werden, soweit es um den Zugang zu einer Angabe des Inhalts in der Sache Nr. 34250 geht.
  2. Die Klage bezüglich des Schreibens der EFTA-Überwachungsbehörde vom 9. Mai 2012, zugestellt am 18. Mai 2012 (Vorgang Nr. 633455), wird als unzulässig abgewiesen, soweit es um den Zugang zu einem Schreiben der norwegischen Post, das das Datum des 13. Juli 2010 trägt bzw. an diesem Datum eingegangen ist, sowie um Protokolle von Sitzungen zwischen der EFTA-Überwachungsbehörde einschließlich ihres Präsidenten und der norwegischen Post und/oder der norwegischen Regierung geht.
  3. Die Klage bezüglich des Schreibens der EFTA-Überwachungsbehörde vom 22. Mai 2012, zugestellt am 23. Mai 2012, wird als unzulässig abgewiesen.
  4. Über die Klage bezüglich des Schreibens der EFTA-Überwachungsbehörde vom 2. Juli 2012, zugestellt am 2. Juli 2012 (Vorgang Nr. 639495), muss nicht befunden werden, soweit es um Verfahren der EFTA-Überwachungsbehörde zur Verwaltung von Verfahrensakten bzw. Verfahren der EFTA-Überwachungsbehörde zur Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit geht.
  5. Die Klage bezüglich des Schreibens der EFTA-Überwachungsbehörde vom 2. Juli 2012, zugestellt am 2. Juli 2012 (Vorgang Nr. 639495), wird als unzulässig abgewiesen, soweit es um den Zugang zu Entscheidungen des Kollegiums der EFTA-Überwachungsbehörde geht, die die derzeitige Ermächtigung ihrer Direktoren beinhalten.
  6. Die Verfahrenskosten werden den Klägern auferlegt.
-



